

Frau  
Bundeskanzlerin Merkel  
% Bundeskanzleramt  
10000 Berlin

## Koran vs. Grundgesetz

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

am 15. Januar d. sagten Sie im Bundestag:

»Die Menschen fragen mich, welcher Islam gemeint ist, wenn ich diesen Gedanken zitiere. Sie wollen wissen, warum Terroristen den Wert eines Menschenlebens so gering schätzen und ihre Untaten stets mit ihrem Glauben verbinden. Sie fragen, wie man dem wieder und wieder gehörten Satz noch folgen kann, dass Mörder, die sich für ihre Taten auf den Islam berufen, nichts mit dem Islam zu tun haben sollen. Ich sage ausdrücklich: Das sind berechnete Fragen. **Ich halte eine Klärung dieser Fragen durch die Geistlichkeit des Islams für wichtig, und ich halte sie für dringlich.** Ihr kann nicht länger ausgewichen werden.« (Beifall, darunter von **einer** linken Abgeordneten.)

Es scheint, Sie haben — nach nunmehr zwei Monaten — noch keine Antwort bekommen. Die Imame fühlen sich nicht aufgefordert, über ihre Religion Auskunft zu geben und die Islam—Funktionäre wurden ja nicht angesprochen. Überhaupt hat dieser Satz weder bei den Islamfreunden noch bei den Islamgegnern irgendwelche Beachtung gefunden. Für mich als Staatsbürger ist es eine schwere Beleidigung des Deutschen Volkes, wenn auf eine solche Aussage keinerlei Reaktion der damit Angesprochenen erfolgt.

Das Thema, wie der in Deutschland praktizierte Islam zu unserer Gesellschaftsordnung und zu unserem Grundgesetz steht, ist wirklich von höchster Dringlichkeit. Durch nichts behindert gedeiht diese faschistische Pseudo—Religion Islam. Kopftuchergenehmigung an Schulen, Knabenbeschneidung, Schächten, Gebetsräume in Schulen, Schariapolizei, Schariagerichte, halal—Lebensmittel sind nur Beispiele, wie sich dieser staats—, fortschritts— und menschenfeindliche Islam ungehindert ausbreitet und zum Staat im Staate, ja zur Gegengesellschaft wird. Dabei sollte die Religion Privatsache sein, die nicht in den öffentlichen Raum gehört. Und wenn Sie zur Protestdemonstration wegen Charlie Hebdo in Berlin aufrufen, erscheinen 2000 von 250.000 der Berliner

Moslems. So steht also der Islam zur Rechtsstaatlichkeit und zur Gewaltfreiheit!

Man hat sich nach dem 11. September dem Islam gegenüber mit formalen Bekenntnissen begnügt, so beispielsweise in der »Charta des Zentralrats der Muslime«, wo vollmundig verkündet wird:

»Ob deutsche Staatsbürger oder nicht, bejahen die im Zentralrat vertretenen Muslime daher die vom Grundgesetz garantierte gewaltenteilige, rechtsstaatliche und demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, einschließlich des Parteienpluralismus, des aktiven und passiven Wahlrechts der Frau sowie der Religionsfreiheit. Daher akzeptieren sie auch das Recht, die Religion zu wechseln, eine andere oder gar keine Religion zu haben. Der Koran untersagt jede Gewaltausübung und jeden Zwang in Angelegenheiten des Glaubens.«

Der letzte Satz ist zudem eine glatte Lüge, aber in derselben Charta findet sich auch der Satz:

»Die Muslime glauben, dass sich Gott über Propheten wiederholt geoffenbart hat, zuletzt im 7. Jahrhundert westlicher Zeitrechnung gegenüber Muhammad, dem "Siegel der Propheten". Diese Offenbarung findet sich als unverfälschtes Wort Gottes im **Koran** (Qur´an), welcher von Muhammad erläutert wurde. Seine Aussagen und Verhaltensweisen sind in der so genannten **Sunna** überliefert. Beide zusammen bilden die Grundlage des **islamischen Glaubens**, des **islamischen Rechts** und der **islamischen Lebensweise**.«

Also haben die Taten des Massenmörders Mohammed Vorbildfunktion für die in Deutschland — mehrheitlich parasitär auf unsere Kosten lebenden — Muslime. Auch die Tötungsbefehle des Korans und der islamische Überlegenheits— und Auserwähltheitsdünkel gelten für diese, verwirklicht in der Absonderung von der deutschen Gesellschaft. Solche Aussagen sind ein schreiender Widerspruch zu unserem Grundgesetz und werden in weiteren Sätzen der Charta verdeutlicht. Vereinzelt wird schon Deutschland als Allahs Geschenk an die Umma bezeichnet. Es ist aber und bleibt **unser** Land! Ganz nebenbei wird auch — wie selbstverständlich — das eigene Recht benannt, ein Separatrecht im Rechtsstaat Deutschland! Kein Justizminister ist hier tätig geworden.

Es ist nun wirklich an der Zeit, das Verhältnis des Staates zum Islam für die Zukunft zu definieren. Aus meiner Sicht wäre das zu tun:

- es muß **allen** Muslimen klargemacht werden und der deutsche Staat darf an seiner Entschlossenheit keinen Zweifel aufkommen lassen, dies notfalls mit Gewalt durchzusetzen: »Was euch verboten ist, ist uns erlaubt; was euch befohlen ist, gilt bei uns nicht. Euer Allah und sein Lügenprophet Mohammed haben in Deutschland und Europa nichts zu melden. Wenn euch das nicht paßt, dann wandert aus. Was bei euch "den Propheten beleidigen" heißt und mit dem Tode bestraft wird ist bei uns normaler Humor und völlig legal. Ihr habt es zu akzeptieren!«
- auch das: »Wenn ihr in Deutschland **und** gleichzeitig in einem islamischen Land leben wollt, begehrt ihr Unmögliches. Deutschland ist und bleibt ein säkulares Land. Der Dschihad als Weg zur Erfüllung eures Wunsches muß scheitern. Es gibt aber einen Weg, statt in Deutschland hinter Gittern in einem islamischen Land als freier Moslem zu leben: wandert aus und kommt nie mehr zurück, es gibt 52 islamische Länder und wir werden euch "keine Träne nachweinen". Das gilt besonders für die von der Sozialhilfe lebenden Muslime.«
- von den ideologischen Führern des Islams in Deutschland ist eine klare Aussage zu **erzwingen**, welche Passagen des Korans und der Hadithe

gelöscht, und zwar nicht ausgesetzt, sondern ersatzlos gestrichen werden, um damit eine mit dem Deutschen Grundgesetz konfliktfreie, also auf den spirituellen Kern des Islams bezogene Religionsausübung zu ermöglichen.

- der Umgang des Staates mit den Islamfunktionären muß ein anderer werden. Der Islam darf nicht mehr als gleichberechtigter, sondern als ein seit 1400 Jahren veralteter, rückwärtsgerichteter und minderwertiger Partner betrachtet werden, der in Deutschland und Europa nicht willkommen, sondern **geduldet** ist. Staatsverträge mit muslimischen Verbänden sind der Gipfel der Selbsterniedrigung.
- es geht nicht an, daß hunderte Personen unter ständigen **Polizeischutz** gestellt werden müssen, weil die Todesdrohungen von muslimischer Seite nicht als Scherz gemeint sind. Die Kreise, die sich solche Mordaufrufe erlauben sind doch bekannt. Gibt es wirklich keine Möglichkeit, deren Repräsentanten hinter Gitter zu setzen oder des Landes zu verweisen?
- der politischen Klasse muß eindringlich klargemacht werden, welches unersetzliche Erbe der europäischen und **deutschen Kultur** sie zu bewahren hat und daß sie dieses nicht im Interesse einer altsteinzeitlichen Straßenräuberideologie des 7. Jahrhunderts aufgeben darf. Dem Islam müssen nun endlich die Grenzen aufgezeigt werden, die er nicht überschreiten darf. Professor Schachtschneider hat tiefgründig dargetan, daß der Islam im schreienden Widerspruch zu unserer Gesellschaftsordnung steht. Jedes weitere Ignorieren dieser Tatsache leitet auf einen Weg, der letztendlich zum islamischen Staat Deutschland führt.

Es sollte auch der Artikel 3 des Grundgesetzes mehr beachtet werden. Er verbietet wohl einerseits die **Benachteiligung**, andererseits aber auch die **Bevorzugung** religiöser Gruppen. Also sind Sonderrechte für Moslems aus Gründen der Gleichbehandlung aller nicht gestattet.

Mit freundlichem Gruß aus Leipzig

Roland Welcker